

12.34

Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak (NEOS): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Herr Kollege Jarolim, man kann sich das Ganze lang und breit schönreden, aber deswegen wird es auch nicht besser. Ich meine, es sind hier drei Parteien, die doch sehr unterschiedliche Zugänge zur Frage der Gewerbsmäßigkeit und zur Frage, wie man mit der Drogenszene umgeht, haben. Die FPÖ ist da auf der ganz klaren Linie von Law and Order und für mehr Bestrafung und glaubt, dass dies das Allheilmittel ist, aber Kollege Stefan hat trotzdem recht mit seiner Kritik diesen Antrag betreffend. Auf der anderen Seite stehen Kollege Steinhauser und ich, die auch sagen, dass mit diesem Antrag etwas schlichtweg nicht stimmt und dass dieser nicht sinnvoll ist.

Wir haben klar und deutlich gehört, wieso wir die Gewerbsmäßigkeit entsprechend adaptiert haben. (*Abg. Jarolim: Ihr seid der Wahrheit verhaftet!*) – Das ist ja auch **wahrhaftig**, was ich hier spreche. Wir haben die Gewerbsmäßigkeit entsprechend geändert, weil eben die große Problematik gegeben war, dass ganz viele Leute aufgrund von eher nicht so relevanten Delikten, wie das Stehlen von Zahnpasta und so weiter, dementsprechend dann auch in die U-Haft gekommen sind. Wir wissen, dass es eines der größten Probleme in Österreich ist, dass die meisten Leute, die als Kleinkriminelle in die U-Haft hineinkommen, dann eher als Großkriminelle wieder rauskommen.

Genau deswegen haben wir damals zu Recht beschlossen, dass wir die Bestimmungen zur Gewerbsmäßigkeit entsprechend adaptieren, damit wir diese Problematik nicht mehr haben.

Jetzt ist dieses Gesetz seit dem 1. Jänner in Kraft und angeblich – Kollege Steinhauser hat mit seinem Lokalausweis auch noch sehr schön dargelegt, wieso das offensichtlich nicht so ist – ist seitdem alles ganz anders bei den zwei betreffenden U-Bahn-Stationen.

Wir haben auch versucht, ein bisschen herauszufinden, ob es dafür klare statistische Nachweise gibt. – Wir haben es nicht herausgefunden. Was wohl eher Fakt ist, ist, dass sich die Drogenszene, die in einer Großstadt wohl immer irgendwo ist, ganz einfach verlagert hat. Wir haben in Wien die Drogenszene früher am Karlsplatz gehabt, es gab Zeiten, in denen sie am Margareten Gürtel war – dort ist sie übrigens immer noch in vielen Bereichen –, jetzt gibt es die Situation eben bei der Thaliastraße. Das heißt, es gibt eine Drogenszene in Wien, und diese verlagert sich entsprechend.

Offensichtlich gibt es jetzt diesbezüglich einen entsprechenden Aufruhr, und ÖVP und SPÖ versuchen, mit einer Änderung im Suchtmittelgesetz dieser Situation Herr zu werden. Das macht allein schon deswegen keinen Sinn, weil es keine Begutachtung gegeben hat und wir in keiner Art und Weise sinnvolle Stellungnahmen einholen konnten, ob es von Expertensicht so gesehen wird, dass damit das Problem in den Griff bekommen wird.

Kollege Steinhauser und ich haben im Ausschuss die Begutachtung beantragt; sie wurde abgelehnt. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, denn gerade bei so einer Verschärfung, die von Ihnen beiden nicht sinnvoll begründet wird, wäre es sinnvoll, auch eine Begutachtung durchzuführen.

Abgesehen davon bin ich weiterhin der Meinung, dass wir mit den jetzigen Bestimmungen zur Gewerbsmäßigkeit klar das Auslangen finden würden. Es wäre unter Umständen ein größerer Aufwand, aber es wäre ohne Weiteres möglich, denn mir kann niemand erklären, dass, wenn ein Dealer bei der U-Bahn-Station Thaliastraße steht und tagtäglich versucht, sich damit ein entsprechendes Einkommen zu erwirtschaften, das nicht unter die Bestimmungen der Gewerbsmäßigkeit fällt.

Was Sie noch versuchen, ist, dass über das Suchtmittelgesetz in Zukunft öffentliches Ärgernis vermieden wird. Das ist völlig falsch, das ist das falsche Gesetz, das gehört ins Verwaltungsstrafrecht. Das hat im Suchtmittelgesetz schlichtweg nichts zu suchen und zeigt auch nur, dass Sie nicht sonderlich viel darüber nachgedacht haben, was Sie eigentlich wollen.

Als besonderes Schmankerl zum Schluss komme ich zu dem, was mich an Ihrem Antrag am meisten verwundert hat. In den Erläuterungen schreiben Sie nämlich, Sie wollen zwar das Dealen in der Öffentlichkeit bestrafen, aber – und jetzt zitiere ich – dass dadurch die Zahl der Dealer durch Festnahmen nicht zurückgehen wird, weil eine hohe Austauschbarkeit der Dealer besteht. – Zitatende.

Erklärt mir jetzt bitte irgendwer, was das bewirken soll? – Sie sehen, es gibt eine hohe Austauschbarkeit, es wird die Zahl der Dealer nicht zurückgehen, und Sie versuchen, mit dieser Regelung irgendwas zustande zu bringen. Das heißt, Sie wissen es selbst, Sie werden das Ziel nicht erreichen, aber Sie machen es halt einmal, weil es entsprechend funktioniert. (*Abg. Fekter: Und Sie wollen nur zuschauen, oder wie?!*) – Nein, Frau Kollegin Fekter, wir wollen nicht zuschauen, aber Sie werden, wenn Sie selbst in Ihrem Antrag reinschreiben, dass mit dem Mittel, das Sie hier vorschlagen, die Austauschbarkeit weiterhin gegeben sein wird und die Anzahl der Dealer auch

weiterhin so hoch sein wird – das gestehen Sie ja selbst ein in diesem Antrag –, dem Problem nicht Herr werden.

Was man tun muss, ist, sich grundsätzlich die Frage zu stellen, wie man diese Drogenszenen, die es in Großstädten immer gibt, in den Griff bekommt. Es hat sehr viel mit Prävention zu tun, dass junge Menschen erst gar nicht dazu verleitet werden, Drogen zu konsumieren. Das hat auch damit zu tun, dass ich Dealer eben nicht so schnell in die U-Haft nehme und sie nachher wahrscheinlich noch krimineller hinauskommen als sie hineingegangen sind.

Wir müssen hier jedenfalls ansetzen, da gebe ich Ihnen recht! Man kann nicht einfach zuschauen. Es ist eine unerträgliche Situation. Es ist auch für viele Bewohner an diesen zwei U-Bahn-Stationen eine unerträgliche Situation. Aber so werden Sie das Problem sicher nicht in den Griff bekommen! Sie machen eine Anlassgesetzgebung, die gut klingt, die in den Medien offensichtlich gut überkommt, die vielleicht bei der Polizei gut ankommt, aber das Problem an sich werden Sie damit keinesfalls lösen.
(Beifall bei NEOS und Grünen.)

12.39

Präsident Karlheinz Kopf: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Dr. Fekter. – Bitte.